

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/185

Bonn, den 30. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Bremen ----- Zum Ausgang der Bürgerschaftswahlen	32
1a	"Sie sind ein großer europäischer Staatsmann" ----- Willy Brandt in Scarborough Auftritt zum Labour-Parteitag	38
2 · 3	SED Bayern - Voran mit neuem Plan ----- Kontinuität trotz Führungswechsel	39
4 · 5	Pankow spekuliert auf Brasilien ----- Beachtliche SED-Aktivität in Südamerika Von Albert Schreiber, Berlin	43
6	Zwischen Apartheid und Kommunismus ----- - Eine Alternative, die es nicht geben darf - Von Helmut Bärwald	45

Chefredakteur Günter Markscheffel

Bremen

Zum Ausgang der Bürgerschaftswahlen

sp - Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre überragende Stellung in der Bremer Bürgerschaft bestätigt bekommen. Seit 18 Jahren leiten Sozialdemokraten unter der bewährten Führung Wilhelm Kaisers die Geschichte dieser Hansestadt, und sie haben Leistungen vollbracht, die der Bürgerschaft imponieren und die sie zu würdigen weiß. Auch diesmal errangen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit; somit bleibt Bremens Aufbauarbeit auch für die nächsten vier Jahre gesichert. Die bisherige Koalition mit der FDP dürfte wohl beibehalten werden. Die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Kaufleuten prägt - wie in der Schwesterstadt Hamburg - das politische Klima dieses kleinsten Staates der Bundesrepublik. Es läßt Parteiengegensätze nicht zu verletzend-schärfe entwickeln, über allem steht die Sorge um das Wohl des Gemeinwesens. In dieser Sorge läßt sich die SPD von niemandem übertreffen. Der Gesamteindruck ihrer Politik findet hier seine Orientierung. Daß eine Partei wie die SPD durch lange Regierungsdauer zu übermächtig und zu übermäßig werde, brauchen die Bremer nicht zu befürchten. Sie wissen, daß Sozialdemokraten - zum Unterschied von den Gepflogenheiten der Unionsparteien - keinen Mißbrauch treiben. Dieses beruhigende Wissen bewog auch diesmal die Bürgerschaft Bremens, die Leitung ihres Stadtstaates wieder den Sozialdemokraten anzuvertrauen.

Stellt man die Wahl zur Bremer Bürgerschaft unter bundesrepublikanische Aspekte, so hat die Sozialdemokratie noch mehr Anlass zur Genugtuung. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1961 hat sie ihren prozentualen Anteil an Stimmen von 49,7 auf 54,6 Prozent steigern können. Der prozentuale Zuwachs von 27 auf 28,9 für die CDU im gleichen Zeitraum nimmt sich dagegen recht bescheiden aus. Er rechtfertigt ganz und gar nicht die Siegesfreude dieser Partei über ihre Stimmen- und Mandatssteigerung im Vergleich zu der letzten Bürgerschaftswahl.

Die CDU konnte den größeren Teil der früheren Wähler der zertrümmerten Deutschen Partei - diese sank von 14,5 auf 5,2 Prozent zurück - einheimen; auch die Mehrzahl der Wähler der früheren DKP dürfte sich für die CDU entschieden haben, aber all das reichte nicht aus, um der SPD als großen festgefügten Turm Schaden zuzufügen. Der Magnet Erhard hatte doch nicht die Wirkung, die sich die CDU vom Auftreten dieses Mannes in Bremen erhoffte.

"Sie sind ein großer europäischer Staatsmann"

Willy Brandt in Scarborough
Auftritt zum Labour-Parteitag

H.D. - "Sie sind ein großer europäischer Staatsmann, der einer der stärksten demokratischen Kräfte in dieser Welt vertritt: die deutsche Sozialdemokratie". - Diese an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gerichteten Worte des britischen Labourführers Harold Wilson, kennzeichnen nicht nur jene Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung, die Willy Brandt bei seiner Ansprache vor den Delegierten des diesjährigen Labour-Parteitages entgegengebracht wurde, sie sind auch ein Beweis dafür, daß die auf die Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem deutschen Volk abgestimmte Politik der SPD ein gutes, starkes Echo gefunden hat, und dies weit über den Kreis der Labour-Party hinaus.

Die Kommentare britischer Journalisten, sowie die Anmerkungen der sehr aufmerksam beobachtenden ausländischen Diplomaten lassen deutlich erkennen, wie gut es ist, daß auf englischem Boden sehr klar und unmißverständlich die deutschen Belange im Dialog mit Freunden dargelegt werden. Es besteht kein Zweifel, daß das Bemühen der deutschen Sozialdemokraten, die Lage des geteilten Deutschland und des durch die Mauer zerrissenen Berlin darzustellen, dazu beitragen wird, der britischen Öffentlichkeit noch stärker unsere Probleme nahe zu bringen.

Die Worte des Regierenden Bürgermeisters über die gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der großen vor uns liegenden Aufgaben haben ungeteilte Zustimmung gefunden, wird sich doch gerade der Parteitag von Scarborough mit den vielfältigen Problemen auseinandersetzen haben, die eine im Unbruch befindliche Welt aufwirft. Das gilt nicht nur für den Bereich der wirtschaftlichen und politischen Fragen, sondern in entscheidendem Maße für den großen Themenkreis der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung. Hier liegen, wie Harold Wilson sagte, die Partenzeichen unserer Zeit.

Der Parteitag von Scarborough hat sich ein großes Arbeitsprogramm gegeben, dessen Bewältigung uns wichtiger ist, als alle politischen Kräfte des Landes im Vorfeld eines zu erwartenden Wahlkampfes stehen.

Die britische Öffentlichkeit, und nicht nur diese allein, schaut auf Scarborough, und viele Menschen in England sehen es als ein gutes Zeichen im großen Prozeß der Zusammenarbeit der freien Völker des Westens an, daß ein deutscher Politiker vom Format eines Willy Brandt am Vorabend der Woche von Scarborough mit dem Dialog der Verständigung über die Zukunft begonnen hat.

SPD Bayern - Voran mit neuem Plan

Kontinuität trotz Führungswchsel

ler, Landshut

Vor 16 Jahren wurde Waldemar von Knoeringer in Landshut zum Vorsitzenden des bayerischen Landesverbandes der SPD gewählt; in der gleichen Stadt erfolgte sein Rücktritt und die Wahl seines Nachfolgers Volkmar Gabert. Knoeringer begründete vor den Delegierten der 14. Landeskonferenz am Schluß seines weit ausholenden Referats über die Perspektiven der Landespolitik Bayerns in einer persönlichen Erklärung seinen Entschluß, den Vorsitz einem Jüngeren zu überlassen. Es gab wohl niemanden unter den 500 Teilnehmern, der diesen Entschluß eines Mannes, dessen Wirken und Dynamik das Gesicht der SPD in Bayern prägte, nicht bedauerte. Sie respektierten ihn und folgten mit überzeugender Mehrheit der Empfehlung Knoeringers und des Landesausschusses, den Fraktionsvorsitzenden der SPD im bayerischen Landtag, den 40 Jahre alten Volkmar Gabert, zu wählen. Der Gegenkandidat, der frühere Finanzminister Zietsch, war der erste unter den Gratulanten - eine Geste, wie sie nur unter Gesinnungsfreunden möglich ist, die sich einer gemeinsamen politischen Heimat zugehörig fühlen.

Stolze Bilanz

Die bayerische SPD hat eine stolze Bilanz aufzuweisen. Bei den letzten Landtagswahlen zog sie um 15 Mandate verstärkt, mit 79 Mandaten von 204 in den Landtag ein und ist damit eine Kraft geworden, die die einstmal so selbstbewußte CSU des Franz Josef Strauss in ihren Grundfesten erschüttert. Die Schwesterpartei der CDU macht zwar noch immer von ihrer absoluten Mehrheit im Maximilianen Gebrauch, doch ist sie auch oft genötigt, Rücksicht zu nehmen auf die von der bayerischen SPD wohlbegründeten, auf Sachkenntnis beruhenden Vorstellungen von einer Landespolitik, die den modernen Erfordernissen entspricht. Die Sozialdemokratie ist in Bayern präsent auf allen Gebieten. Sie stellt in der Mehrzahl der Großstädte die Bürgermeister, 35 Prozent der Wähler haben sich für diese Partei bei den letzten Landtagswahlen entschieden. Der dadurch sichtbar gewordene Trend nach oben hält an, der Zeitpunkt, in dem die heutige Opposition die Regierungsverantwortung mit übernehmen wird, liegt nicht mehr allzu fern. Der Wille dazu beherrschte die Delegierten.

Die Voraussetzungen für einen Wandel in Bayern sind günstig. Der Zug zur Versachlichung, zur Entideologisierung, ist der stärkste Verbündete der SPD. Wir leben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der alte Denkgewohnheiten, Verhaltensweisen und das starre Festhalten an antiquierten Vorstellungen an Zugkraft verloren haben. So orientiert sich die Schulpolitik der CSU immer noch an Leitbildern, die selbst den Widerspruch vorausschauender katholischer Pragmatiker und Theologen finden. Bayern zählt auf diesem Gebiet zu den Entwicklungsländern in der Bundesrepublik, es kann einen Vergleich mit Hessen und selbst mit dem CDU-regierten Schleswig-Holstein nicht aushalten. Welch lohnendes Betätigungsfeld für eine Partei mit einem starken Gestaltungswillen für die Zukunft.

Keine Rivalitätskämpfe

Bildungs- und Erziehungspolitik, sowie Fragen der Wissenschaftsförderung bildeten den Hauptteil der Diskussionsbeiträge, nicht ein von aussenstehender Seite erwarteter und erhoffter Streit um die Nachfolge Knoeringens. Die bayerische SPD ist eben keine CSU, in ihr wirken keine in Rivalitätskämpfen sich verzehrenden Kämpfer. Franz Josef Strauss ist eben nur in der CSU denkbar, in der SPD fände dieser skrupellose Mann keinen Platz. Die CSU und die Freunde von Franz Josef Strauss innerhalb der CSU werden auch in der Zukunft an ihm keine Freude haben. Vielleicht wird er für sie sogar zum Alpdruck. Mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden erfolgte gleichzeitig ein organisatorischer Umbau des Landesvorstandes. Vier neue Referate unter der Leitung eines politisch Verantwortlichen werden die Schlagkraft der Organisation erhöhen, ihr neue Wirkungsfelder eröffnen, Partei- und Landtagsfraktion in die Lage versetzen, gestützt auf gründliches und gut fundiertes Material, die Arbeit zum Wohle Bayerns voranzutreiben.

Die SPD in Bayern verfügt über eine solide Ausgangsposition. Ihre Mitgliederzahl wächst; ihre bisherigen Leistungen und Aktivitäten strahlen weit in Land und Volk hinein, und auch in den Augen der politisch nicht Gebundenen stellt sie jenen Faktor dar, der allein imstande ist, der Entwicklung im flächenmäßig größten Bundesland belebende Impulse zu geben. Zwar besitzt die CSU noch die Mehrheit im Landtag, doch in Lande beginnen die Wurzeln ihrer Kraft zu verdorren. Die von ihr gestellte Regierung - um nur ein Beispiel zu nennen - trifft keine Anstalten, die durch die EWG bedingte Strukturveränderung der Landwirtschaft zu beeinflussen. Sie läßt die Dinge hier schleifen. Das bleibt nicht ohne Folgen auf die Stimmung im Lande.

Der neue Vorsitzende

Der neue Landesvorsitzende Volkmar G a b e r t ist in der bayerischen Politik kein unbeschriebenes Blatt. Er gilt als Haushaltsexperte, seine Reden zum Etat finden die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Gabert mußte buchstäblich von der Pike auf beginnen. Schon als junger Mensch lernte er die Bitternis der Emigration kennen. Diese Lehr- und Wanderjahre weiteten seinen Blick, und er wählte nach dem Kriege das Land zum Schauplatz seiner Tätigkeit, das den größten Anteil seiner vertriebenen Landsleute, die Sudetendeutschen, aufnahm. In ihm vollzog sich die Symbiose von Einheimischen und Vertriebenen, und es erbt ihn, und gibt seinem Amt eine Autorität, daß es ausgerechnet der Irbayer und frühere Ministerpräsident Högnel war, der den Vorschlag Knoeringens unterstützte.

Mit Landshut beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der bayerischen Sozialdemokratie. Sie wird auch in Zukunft die Handschrift Waldemars von Knoeringens mittragen. Unbelastet vom Amt des Landesvorsitzenden hat er sich als Leiter des Referats Gesellschafts- und Kulturpolitik ein Feld gesucht, das ihm zugeschnitten ist und dessen Beackering er sich mit der gewohnten Dynamik widmen kann. Die Früchte dieser Arbeit werden nicht allein Bayern zugute kommen; auch der Gesamtpartei werden sie zu Buche schlagen.

Pankow spekuliert auf Brasilien

Beachtliche SED - Aktivität in Südamerika

Von Albert Schreiber, Berlin

Die SED-Regierung in Ostberlin sieht heute im Zuge der mit dem Moskauer Atomteststopp-Abkommen ausgelösten Entspannungssparolen eine Chance, ihre eigenen internationalen Beziehungen über den kommunistischen Block hinaus auszubauen. Neben Afrika, wo die Republik Ghana vor wenigen Tagen zur Eröffnung einer Handelsmission in Ostberlin bereit war, ist es vor allem Südamerika, dem Pankow seine besondere Aufmerksamkeit widmet. Hier sind es in erster Linie die ungeklärten nachpolitischen Verhältnisse Brasiliens, die für die SED-Regierung in Ostberlin ein Aktionsfeld versprechen.

Die SED-Führung hatte bereits im Sommer 1962 erkannt, daß der "progressive Nationalismus" in Brasilien, der auch von den Kommunisten unterstützt wird, für die Pankower Parolen ansprechbar ist. Die 1962 in Sao Paulo erstmalig durchgeführte DDR-Industrieausstellung war nicht ohne Erfolg. Mögen hier auch wirtschafts- und handelspolitische Erwägungen im Vordergrund gestanden haben, die politische Ausnutzung dieser Kontakte im Sinne einer allgemeinen politischen Aufwertung der Sowjetzone waren nicht weniger entscheidend. Das Interesse Brasiliens an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen mit dem Ulbricht-Staat erschien Pankow als eine geeignete Grundlage, mit einem Versuch der Verstärkung auch politischer Kontakte nachzustoßen. Derartige Spekulationen waren im Blickfeld Pankows keineswegs abwegig, nachdem die Sowjetzone bereits im Jahre 1961 ihren Maschinenexport nach Brasilien gegenüber 1960 um rund 3,6 Millionen US-Dollar hatte steigern können.

In den letzten beiden Monaten wurde deutlich, daß Pankow in Brasilien auch einige nicht unbedeutende politische Propagandaerfolge erzielen konnte. Das Thema Brasilien ist seit Anfang August nicht mehr aus den Berichten und Kommentaren der Ostberliner Presse verschwunden. Pankow hatte immer wieder die Möglichkeit, auf ein besonderes politisches Interesse Brasiliens an der Politik der SED-Regierung hinzuweisen.

Es ist kennzeichnend für die Bemühungen Pankows, auf allen Gebieten einer möglichen internationalen Zusammenarbeit mit politischen Gruppen Brasiliens ins Gespräch zu kommen. Einen besonderen Erfolg konnte die SED-Regierung verzeichnen, als Anfang August der Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Gießmann, in Ostberlin eine "offizielle Wissenschafts- und Kulturdelegation" Brasiliens begrüßen konnte, an deren Spitze der Leiter des brasilianischen "Nationsprogramms für wissenschaftliche Weiterbildung", Prof. de Castro, stand. Kurz vorher hatte der brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Alencastre nach einem Besuch der Sowjetzone und Ostberlins gegenüber der Presse Brasiliens erklärt, er habe in der "DDR" zu seiner großen Überraschung eine "Wirtschaft in voller Blüte" kennengelernt, so daß die politischen Persönlichkeiten Brasiliens gut daran täten, diese wirtschaftlichen "Fortschritte" im Sinne einer Verstärkung des Handels zu nutzen. Eine Abendzeitung in Rio de Janeiro forderte in diesem Zusammenhang sogar die Unterzeichnung eines Handelsvertrages und die Herbeiführung konsularischer Beziehungen zwischen der Sowjetzone und Brasilien.

Für Pankow kann die Forderung nach Aufnahme halbdiplomatischer Beziehungen mit Brasilien nur willkommen sein. Noch mehr erfreut war

man freilich in Ostberlin, als man Ende August den Besuch des Direktors des Instituts für Sozialwesen beim brasilianischen Arbeitsministerium, Otto Mariath, verzeichnen konnte, der nach einem Besuch in Ostberlin, Leipzig, Dresden, Weimar, Eisenhüttenstadt und Leuna vor kommunistischen Pressevertretern erklärte, ihm "imponiere das Funktionieren der sozialistischen Ordnung in der DDR" und er werde sich nach seiner Rückkehr nach Brasilien unverzüglich für die Herstellung "voller diplomatischer Beziehungen zwischen Brasilien und der DDR einsetzen."

Derselbe Gast aus Brasilien war auch von dem Pankower Justizminister, Frau Benjamin, empfangen worden, der er versicherte, er sei von der Rechtspflege in der Sowjetzone beeindruckt und nicht zuletzt von dem "humanistischen Strafvollzug". Ob der Regierungsfunktionär aus Brasilien auch sowjetzonale Zuchthäuser und Strafarbeitslager besucht hat, blieb dabei unerwähnt.

Das Echo, das solche Besuche von Brasilianern in der Sowjetzone in der Presse Brasiliens finden, ist Wasser auf die Mühlen der Pankower Propaganda, die im Dienste der Verstärkung der internationalen Beziehungen des SED-Staates steht. Auch die Tatsache, daß auf dem kulturpolitischen Sektor die Zone, z.B. mit den Werken Bert Brechts, Einfluß auf Brasilien gewinnen konnte, mußte die Ambitionen Pankows verstärken. In der SED-Presse wird es als ein besonderer politischer Erfolg verbucht, daß in zahlreichen Städten Brasiliens, neben Rio de Janeiro auch in Sao Paulo, Brecht-Stücke mit ihren "sozialistischen Forderungen" aufgeführt worden sind.

Es gehört zum Pankower Stil, propagandistisch günstige Aussichten sofort organisatorisch im Sinne eines konkreten Ausbaues der Beziehungen zu untermauern. So ist es nicht verwunderlich, daß Ostberlin eine FDJ-Delegation nach Brasilien entsandte, die unter der Leitung des FDJ-Zentralratsmitglieds und 1. Sekretärs der FDJ-Bezirksleitung Leipzig, Hoepke, stand. Man scheute in Pankow keine Ausgaben, um auch auf dem Sektor der Jugendpolitik die internationalen Beziehungen in Richtung Südamerika zu verstärken. Hoepke erklärte nach seiner Rückkehr nach Ostberlin, das Hauptergebnis der Reise nach Brasilien habe darin bestanden, daß die FDJ ihre freundschaftlichen Beziehungen zur Jugend Lateinamerikas festigen und vertiefen konnte.

Auch was die Kontakte zu einzelnen brasilianischen Großstädten betrifft, hat Pankow bereits seit dem Jahre 1960 keine Mühe gescheut, um Verbindungen herzustellen, die sich im Sinne der Pankower Anwerbekennungs politik auswerten lassen. Den Anfang machten mit diesen Kontakten der Präsident der "Vereinigung brasilianischer Städte" und der Präsident der "Regionalen Vereinigung der Städte des brasilianischen Staates Sao Paulo", die auf Einladung des sowjetzonalen "Deutschen Städte- und Gemeindetages" bereits im März 1960 in die Sowjetzone kamen. Heute versucht die SED-Regierung in Ostberlin, auch diese Kontakte weiter auszubauen.

Zwischen Apartheid und Kommunismus

- Eine Alternative, die es nicht geben darf -

Von Helmut Bärwald

Vor kurzem trafen sich in Bonn afrikanische Flüchtlinge aus der Südafrikanischen Union - meist Studenten - mit deutschen Freunden: Vertreter der Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften und andere politischer Institutionen. Führende afrikanische Politiker berichteten über die jüngsten Auswüchse der Apartheid-Politik der südafrikanischen weißen Regierung und analysierten ohne falsche Sentimentalität den historischen Ursprung dieser "neonazistischen Politik", die eine akute "Form des Faschismus" auf afrikanischem Boden darstellt.

Zweck dieser Zusammenkunft und Hauptinhalt der zwischen Deutschen und Afrikanern geführten Gespräche war die Vorbereitung der Gründung eines "Freundeskreises Freies Südafrika", wie er in ähnlicher Form bereits in einigen anderen europäischen Ländern existiert.

Mißachtete menschliche Grundrechte

1948 verkündeten die Vereinten Nationen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte", die in ihrem Artikel 2 u.a. festlegt, daß "jeder Mensch Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten hat, ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse und Farbe". In der Südafrikanischen Union werden diese menschlichen Grundrechte von einer Minderheit in Anspruch genommen und einer Mehrheit vorenthalten. Die Farbe eines Menschen ist dort Privileg für die einen, Fluch für die anderen.

Die in Südafrika mit allen Mitteln staatlicher, totalitärer Macht durchgeführte Rassentrennung, die ständige Diskriminierung, Hintertsetzung und Verfolgung der farbigen Bevölkerung, ist nicht nur eine flagrante Mißachtung der Menschenrechtecharta der UNO - deren Mitglied die Südafrikanische Union ist - sondern ein übler, mittelalterlich anmutender Anachronismus in einer Zeit der notwendigen Gemeinsamkeit und Gleichheit aller Menschen.

Kommunismus - Gespenst oder reale Gefahr?

Einer der Hauptredner der Bonner Zusammenkunft, Dr. Absolon Vilakazi, Leiter der UNO-Kommission für soziale Angelegenheiten in Afrika, ließ erkennen, daß die Forderungen der Afrikaner hinsichtlich einer schnellen Änderung der Verhältnisse in Südafrika nicht nur legitim, sondern auch gemäßigt sind und von liberalen, demokratisch fundierten Kräften vorgetragen und verfochten worden. Dann aber folgte die Warnung und Mahnung: Wie lange noch können die gemäßigten, klug abwägenden, demokratisch gesinnten Kräfte unter den Südafrikanern den Vulkan im Zaum halten und die Massen der Unterdrückten und Gedemütigten vor Unbesonnenheiten, vor politischen Abenteuern zurückhalten? Steht nicht schon der Kommunismus in den Kulissen der politischen Bühne Südafrikas und wartet auf seinen Auftritt?

Das Ziel heißt Freiheit

Der Kommunismus aber darf nicht die Alternative zur Apartheid sein, wie er niemals eine Alternative zum Faschismus sein kann. Die Entwicklung in einem Teil Deutschlands seit 1945 ist ein Beweis dafür. Die Menschen der freien Welt - die Regierungen wie die Völker - können in ihrem eigenen Interesse nicht länger zusehen, wie durch die engstirnige Politik der südafrikanischen weißen Regierung der Kommunismus in einem großen Gebiet des afrikanischen Kontinents eine Chance erhält.